

Gut : Gegangen

Der Abzug der sowjetischen | russischen Streitkräfte

1990 bis 1994



Photographien von Bernd-Horst Seftik

Michael Daxner | Gerd Harms
Axel von Hoerschelmann | Jann Jakobs
Birgit-Katharine Seemann (Hg.)

Gut : Gegangen

Der Abzug der sowjetischen | russischen Streitkräfte
1990 bis 1994

INHALT

■ Einführung in das Thema		8
■ I. Militärhistorische und sicherheitspolitische Perspektiven		
Sascha Gunold	Die Westgruppe der Truppen Eine Speerspitze auf Zeit	15
Klaus Wittmann	Sicherheitspolitische und militärische Veränderungsprozesse der NATO	21
Jörg Morré	Ein Museum als Abschiedsgeschenk Die Gründungsgeschichte des Museums Berlin-Karlshorst 1990–1994	32
■ II. Historisch-politische Einordnungen		
Jan C. Behrends	Von der Perestroika zur Osterweiterung der EU: Jahre der Hoffnung für Europa 1985–2004	41
Wolfgang Thierse	Nach 30 Jahren: Ein Rückblick auf die Entspannungspolitik	47
Markus Meckel	Ein Abzug mit Stolpersteinen	55
Hans J. Misselwitz	Der Friedensschluss von 1990 und sein Vermächtnis für die deutsch-russischen Beziehungen	64
Burkhard Paetzold	Aus den Erinnerungen des Beauftragten für Konversion Dr. Helmut Domke (1943–2021)	71
Wolfgang Mueller	„Verrat“, „Diktat“, „Kapitulation“: Zur russischen Debatte über den sowjetischen Abzug aus Deutschland	79
■ III. Begegnungen		
Hans-Peter von Kirchbach	Begegnungen mit russischen Offizieren	91

Rolf Sakulowski	Fahnenflucht Sowjetische Deserteure in der DDR	97
Bernd-Horst Sefzik	Die Enkel des Krieges	104
■ IV. Blick von außen		
Christian Connan	Wiedervereinigung und Zusammenbruch der UdSSR aus französischer Sicht	109
Basil Kerski	Deutschlands Einheit und Polens Unabhängigkeit	119
Michael Daxner	Naschmarkt und Nachkrieg Die Russen in Österreich 1945–1955	125
■ V. Konversion		
Horst Gräf Jürgen Baumann	Konversion in Brandenburg	137
Germanus Pause	BER – eine verpasste Chance in Sperenberg und Wündsdorf	145
Oliver Bens	Dimensionen des Abzugs territorial Die Herausforderung militärischer Altlasten	150
Winfried Sträter	Die Döberitzer Heide und ihr Umland Eine zeitgeschichtliche Rundreise	152
■ VI. Vielfalt der Sichtweisen		
Almuth Berger	Beobachtungen einer Ausländerbeauftragten	161
Rolf Damke	Abzug der WGT Erinnerungen und Gedanken	166
Werner Krätschell	Der Abzug der WGT mit dem Blick eines Ostdeutschen	169
Rolf Kutzmutz	„Vergessene Sieger“ und andere Geschichten	173

Heinz-Joachim Lohmann	Kirche, Konversion und ländlicher Raum	180
Steffen Reiche	Meine Achterbahnfahrt mit Russland	188
Olga Rösch	Was vom Frieden übrig blieb ...	195
Steffen-Rainer Schulz	Abschied in Frieden	199
Detlef Graf von Schwerin	Hoffnungen und Irrtümer	203
Dieter Wiedemann	Wie ich die Sowjetunion/Russland vor und nach der Wende erlebte	206
■ VII. Kulturelle Dimensionen		
Birgit-Katharine Seemann	Die Potsdamer Kulturlandschaft Wie Phoenix aus der Asche?	211
Gabriele Förder-Hoff	Das „Militärstädtchen Nr. 7“ und das Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Nr. 1	218
Hans-Joachim Frank	theater 89 in Altes Lager „Das Haus“	229
Ulrike Liedtke	„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ Gedanken zum Abzug der russischen Armee	232
■ VIII. Schlussbemerkung		
■ Anhang		
	Die AutorInnen & HerausgeberInnen	240

Putin verpflichtet sein, der Ukraine beim Wiederaufbau zu helfen. Aber er wird auch der Verpflichtung nicht entgehen können, Russland bei seinen notwendigen Modernisierungsprozessen partnerschaftlich helfen zu müssen. Denn: Russland ist auch dann noch gewichtiger Teil Europas und bleibt notwendig für eine neue und dann hoffentlich verlässlichere Friedensordnung.

Markus Meckel

Abzug mit Stolpersteinen

„Am 5. Juni 1945 unterzeichneten General Eisenhower, Feldmarschall Montgomery, General Lattre de Tassigny und Marschall Schukow im sowjetischen Hauptquartier in der Niebergallstraße 20 in Berlin-Wendenschloss die sogenannte ‚Berliner Erklärung‘. Es war das erste Zusammentreffen der Oberkommandierenden der amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte in Deutschland mit ihren sowjetischen Kollegen nach der Kapitulation der Wehrmacht am 8./9. Mai 1945 und der Verhaftung der letzten deutschen Reichsregierung [...] In der Berliner Erklärung wurde nunmehr die bedingungslose Kapitulation Deutschlands und die Übernahme der ‚Obersten Regierungsgewalt‘ durch die vier Siegermächte verkündet. [...] (Die Übernahme der Obersten Regierungsgewalt bildete) unter Berufung auf originäres Siegerrecht [...] die Grundlage der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes und für Berlin im Besonderen. [...] Auch wenn die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte durch Rückübertragung der Souveränität schrittweise gemindert wurden, blieb diese Struktur, die nicht zuletzt wesentliche alliierte Vorbehaltsrechte gegenüber Deutschland mit sich brachte, viereinhalb Jahrzehnte erhalten. Vollständig aufgehoben wurde sie erst durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 und die Zustimmung der Vier Mächte zur Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990.“¹

Theoretisch kannte ich diese Rechtslage – sie war die Basis, die mit der deutschen Vereinigung ein Ende haben musste. Das vereinte Deutschland sollte völkerrechtlich souverän sein und dafür brauchte es die Zustimmung aller vier Alliierten des Zweiten Weltkrieges.

Ganz praktisch konnte ich am 22. Juni 1990 – kurz vor dem Ende dieser Siegerrechte – die Erfahrung machen, was es bedeutete, nicht die volle Souveränität über das eigene Territorium zu haben. An diesem Tag fand in Berlin die zweite Runde der Zwei-plus-Vier-Gespräche statt, in Ostberlin. Ich war als Außenminister der DDR der Gastgeber. Nun hatte man in der US-Botschaft die Idee, eine symbolische Handlung vorzunehmen – nämlich öffentlichkeitswirksam in Anwesenheit der sechs Außenminister das Kontrollhäuschen am Grenzübergang Checkpoint Charly wegzuheben. Es war mit dem Fall der Mauer und der nahen Vereinigung Deutschlands und damit auch Berlins überflüssig geworden. Nach der Kommunalwahl in der DDR am 6. Mai 1990 liefen die Gespräche zum sogenannten „Maggi-Senat“, also eine enge Zusammenarbeit und zunehmende

Integration der Verwaltung von Ost und West. Die amerikanische Seite brachte diesen symbolischen Akt nicht etwa als Vorschlag in die protokollarische Planung des Verhandlungstages ein, sondern lud in eigener Souveränität die sechs Außenminister zu diesem symbolischen Akt ein und auch die Westberliner Bürgermeisterin Ingrid Stahmer – war Gast! Es war ein Ort auf der Westberliner Seite und hier hatten sie die oberste Regierungsgewalt. Auch heute noch sind die Bilder von diesem Festakt die prägenden Fotos dieses Tages.

Vorher hatte ich als DDR-Bürger es immer wieder erleben müssen, dass „die Russen“, wie es umgangssprachlich hieß, also die in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte die unbeschränkte Souveränität besaßen. Natürlich kannte ein normaler Bürger nicht die internen Regelungen zwischen SED-Staat und diesen Streitkräften, aber dass die Hoheit bei Letzteren lag, war regelrecht zu spüren. Spätere Einblicke in die Akten und die – oft recht unbestimmte – Rechtslage bestätigten das dann.²

Ich bin in Berlin aufgewachsen und seit meiner Kindheit damit vertraut, dass rund um Berlin riesige Kasernen der sowjetischen Truppen das Bild bestimmten. In Potsdam-Hermannswerder machte ich auf einer kirchlichen Schule (heute das Evangelische Gymnasium Hermannswerder) das Abitur – und schaute von meinem Zimmer im Internat direkt auf den Kasernenhof der Truppe. Seit meiner Kindheit war das Bewusstsein über diese „Besatzungstruppen“ ständig präsent – ohne dass dies mit einer Abneigung gegenüber den Offizieren und Soldaten verbunden war. Sie taten einem eher leid, hatte ich doch schon in meiner Potsdamer Zeit erlebt, wie unmenschlich einfache, oft sehr junge Soldaten von den eigenen Leuten behandelt wurden.

Später, in den 1980er Jahren als Pastor in Vipperow an der Müritz war der sowjetische (schon zu Kaisers Zeiten geplante) Flughafen bei Lärz in der unmittelbaren Nachbarschaft – und die Straßen sowie der Luftraum ständig unüberhörbar von den Truppen bevölkert. In Rechlin war das Zentrum des in den 30 Jahren entstandenen Ortes von den Sowjets besetzt und nicht betretbar. Manche wagten es durch persönlichen Kontakt im „Magazin“, den sowjetischen Wojentorg-Läden mit so manchen Köstlichkeiten, einzukaufen. Zwischen der Bevölkerung und „den Russen“ – obwohl die sowjetischen Truppen und Offiziersfamilien natürlich auch anderen Völkern der Sowjetunion angehörten! – hatte sich ein im Wesentlichen spannungsfreier modus vivendi eingespielt. Zu diesem gehörte jedoch die Anerkennung, dass nicht nur man selbst als einfacher Bürger, sondern im Ernstfall auch die staatlichen Behörden der DDR hier keine Hoheit und Souveränität hatten. Ob es ein Verkehrsunfall war, ein krimineller Akt oder schlicht Umweltschäden – hier hatten auch diese keine Macht. Manchmal wurde erzählt, dass wieder einmal ein Soldat geflohen sei – und dass er „gejagt wurde wie ein Hase“. Mehr erfuhr man nicht.

So gehörten diese Truppen zum Alltag. Wenige machten sich wirklich bewusst, dass sie zu der Macht gehörten, die die Aufstände 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn mit Gewalt niedergeschlagen und ebenso auch den „Prager Frühling 1968“ beendet hatten. Man hatte sich eingerichtet und es war tief verwurzelt im Bewusstsein, dass die Zukunft ge-

wissermaßen einbetoniert war in die Verhältnisse des Kalten Krieges und wir zum sowjetisch beherrschten Machtbereich gehörten, aus dem es kein Entrinnen gab. Jedenfalls politisch nicht, außer der persönlichen Entscheidung für einen Ausreisantrag. Solange bei jedem ernsthaften Versuch einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung die Panzer wieder aus den Kasernen oder aus Moskau kämen, war ein Ausbruch aus der Diktatur nicht möglich.

Dadurch, dass ab 1985 ein neuer Wind mit Gorbatschow ausgerechnet aus Moskau wehte, entstand Hoffnung – obwohl, vielleicht aber auch gerade weil Honecker ihn merklich ablehnte. Glasnost und Perestroika regten zu eigenen Gedanken und Aktivitäten an. Michail Gorbatschow gelang es sogar, Ronald Reagan zu einer neuen Politik zu gewinnen. Mit der Abschaffung der Mittelstreckenraketen war ein Weg beschritten, der langsam auch weitergehende Hoffnungen auf grundsätzlichere Veränderungen aufkeimen ließ.

International war die Rede Gorbatschows vor der UNO im Dezember 1988 ein Paukenschlag. Er kündigte die einseitige Reduzierung der eigenen Streitkräfte um 500.000 Soldaten an und eine beachtliche Reduzierung der Truppen in der DDR, Ungarn und der Tschechoslowakei, einschließlich 5.000 Panzern und anderem schwerem Gerät. Er bekannte sich zur UN-Charta und den Menschenrechten und in bisher einzigartiger Klarheit zu der von ihm schon früher proklamierten „Freiheit der Wahl“ – und die Nichteinmischung seitens der Sowjetunion.³ In seiner Rede vor dem Europarat am 6. Juli 1989 erklärte er: *„Und die Anerkennung dieser historischen Gegebenheit, die Respektierung des souveränen Rechtes jedes Volkes, nach eigenem Gutdünken die Gesellschaftsordnung zu wählen, ist die wichtigste Voraussetzung für den normalen Ablauf des europäischen Prozesses.“* Das war faktisch das Aufgeben der sogenannten Breschnew-Doktrin, die Frage war damals nur, wie verlässlich eine solche Aussage war. Unmittelbar von Straßburg aus flog Gorbatschow zum Treffen des Warschauer Paktes am 7./8. Juli nach Bukarest. Es war das erste Treffen nach der (halb)freien Wahl in Polen am 4. Juni 1989 mit dem überwältigenden Sieg von Solidarnosc. Hier setzte sich Gorbatschow gegenüber den orthodoxen kommunistischen Parteiführern durch und bestätigte diese Linie der Nichteinmischung auch in Polen.⁴

Es brauchte noch einige Zeit, bis sich Gorbatschow mehr und mehr bewusst wurde, dass diese „Freiheit der Wahl“ auch für den Ausbruch aus der kommunistischen Welt – oder in der Sprache Gorbatschows: außerhalb des Rahmens des Sozialismus gelten musste, für die grundlegende Alternative, die Wahl der parlamentarischen Demokratie und im Falle Deutschlands auch der deutschen Vereinigung.

Die von Gorbatschow geöffneten Räume zur „Freiheit der Wahl“ wurden 1989 in ganz Ostmitteleuropa genutzt. Der Bazillus der Freiheit verbreitete sich mit Wucht, in der jeweils eigenen Dynamik zerfiel die Macht der kommunistischen Regime – zum Teil, wie in Ungarn, auch innerhalb der kommunistischen Führung selbst.

Die Staaten Ostmitteleuropas und die DDR ergriffen ihre Chance – und schritten sehr grundlegend voran auf dem Weg zu einer parlamentarischen Demokratie. Es war eine

mitteleuropäische Revolution, die mit dem Sieg von Freiheit und Demokratie endete. Nach Polen galt das zuerst für Ungarn, dann aber auch für die DDR und die Tschechoslowakei.

Mit der Demokratisierung der Staaten Mitteleuropas war nun jedoch auch die Frage der Souveränität auf der Tagesordnung. Die Geschichte hatte gezeigt, dass die sowjetischen Truppen auf dem Territorium der „Verbündeten“ im Warschauer Pakt nicht echte Bundesgenossen gegen einen gemeinsamen Feind waren. Sie waren – vielfach blutig belegt – Instrumente des sowjetischen Imperiums, die diese Völker in das Bündnis zwangen. Mit der errungenen Demokratisierung stand auch das Verhältnis zur Vormacht Sowjetunion auf der Tagesordnung – und allem voran die Frage der sowjetischen Truppen in diesen Ländern.

In seiner UNO-Rede 1988 hatte Gorbatschow – wie oben schon erwähnt – in eigener Initiative und einseitig einen beträchtlichen Rückzug sowjetischer Truppen aus Ostmitteleuropa angekündigt. Ein Jahr später, kurz nach der Samtenen Revolution in der CSSR, verlangte noch die neue kommunistische Regierung unter dem Druck des Bürgerforums und einer aufgebrachtten Bevölkerung den Abzug aller Truppen des Warschauer Paktes aus dem Land bis Ende 1990. Das sollte nicht nur die 70.000 sowjetischen Soldaten, sondern zusätzlich auch die 74.000 Soldaten des Warschauer Paktes betreffen, die nach der Niederschlagung des Prager Frühling 1968 im Land geblieben waren.⁵ Gorbatschows Versuche, den Prozess zu verzögern, schlugen fehl und er ließ sich mit Vaclav Havel dann kurzfristig auf einen Vertrag ein, der noch im Januar 1990 abgeschlossen wurde und den Abzug bis Mitte 1991 zusicherte. Daraufhin folgte Ungarn diesem Beispiel und schließlich war auch dort die Sowjetunion bereit, die ca. 50.000 Soldaten bis spätestens Ende 1991 abzuziehen. Es gelang dann jedoch schneller. Am 19.06.1991 verließ der letzte sowjetische Kommandant Ungarn, das somit das erste Land in Mitteleuropa ohne sowjetische Truppen war.

Ein besonderer Fall war Polen. Im Februar 1990 bot Gorbatschow dem ersten nicht-kommunistischen Ministerpräsidenten Polens, Tadeusz Mazowiecki, den Abzug der dort stationierten 45.000 Soldaten an, nachdem Walesa eine derartige Forderung gegenüber dem sowjetischen Botschafter ohne Rücksprache mit der Regierung angedeutet hatte. Mazowiecki lehnte zum Erstaunen Gorbatschows das Angebot ab. Grund war die ihn umtreibende Sorge angesichts der Weigerung Kohls, die polnische Westgrenze unverzüglich und bedingungslos im Zuge der angestrebten Vereinigung Deutschlands anzuerkennen.⁶ Für den Augenblick schienen ihm die sowjetischen Truppen unter Gorbatschow eine Garantie gegenüber den Unsicherheiten der deutschen Entwicklungen zu sein – angesichts des tiefsitzenden Misstrauens Polens gegenüber dem östlichen Nachbarn schon ein bemerkenswertes Zeichen dafür, wie stark Kohls Verhalten in diesen Monaten an das polnische Sicherheitsinteresse rührte.⁷

In der DDR fiel im Zuge der Friedlichen Revolution im November 1989 die Mauer – und damit stand die Frage nach der deutschen Einheit im Raum. Doch brauchte gerade auch diese Perspektive eine Regierung mit Legitimation, um die nötigen Verhandlungen

zu führen – also eine demokratische Wahl. Die Bedingungen für diese Wahl wurden zwischen Dezember 1989 und März 1990 am Runden Tisch ausgehandelt. In diesen Monaten wurde mehr und mehr deutlich, dass die große Mehrheit der Bürger der DDR die Einheit wollte – umstritten waren in den ersten Wochen des Jahres 1990 nur noch der Weg in die Einheit und damit die konkreten Bedingungen für sie. Mit der freien Wahl am 18. März 1990 und der Bildung der Koalitionsregierung am 12. April 1990 hatte sich die DDR zu einem demokratischen Staat entwickelt. Damit waren die Grundlagen geschaffen, die deutsche Einheit als Akt der Selbstbestimmung der DDR-Bürger in Verhandlungen anzustreben. Dies sollte sowohl bilateral geschehen in Verhandlungen zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesregierung – sowohl zur Währungsunion wie auch zur staatlichen Einheit. Mit der Wahl zur Volkskammer war faktisch auch die Entscheidung gefallen, dass der Rechtsweg der Einheit über Artikel 23 des Grundgesetzes geschehen würde – durch einen Beitritt. In den Koalitionsverhandlungen legten wir jedoch fest, und darauf legten wir als SPD besonderen Wert, dass die Grundlage für die Beitrittsentscheidung ein ausgehandelter Vertrag sein müsse, welcher die konkreten Bedingungen genau beschreibt.

Wie oben beschrieben, ging es jedoch nicht nur um die bilateralen Fragen. Damit das vereinte Deutschland künftig souverän sein würde, brauchte es die Zustimmung der Alliierten des Zweiten Weltkrieges – der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion. Im Februar 1990 hatte sich Gorbatschow zu der Anerkennung der deutschen Einheit durchgerungen.⁸ Beim Besuch von Kanzler Kohl in Moskau am 10. Februar 1990 teilte Gorbatschow ihm das mit.

Neben manchen anderen Fragen, wie etwa der dauerhaften Anerkennung der polnischen Westgrenze, stand im Zentrum die Frage der Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschlands. Präsident Bush machte die NATO-Mitgliedschaft zur Bedingung seiner Zustimmung – und genau das schien anfangs für die Sowjetunion unannehmbar.

Schon der Rahmen, in dem dies verhandelt werden sollte, stand nicht von vornherein fest. Dass es dann letztlich nur die beiden deutschen Staaten und die vier Alliierten des Zweiten Weltkrieg waren, war nicht bei allen europäischen Staaten anerkannt, doch einigten sich die betroffenen westlichen Staaten mit der Sowjetunion darauf am Rande einer Sicherheitskonferenz in Ottawa, der sogenannten „Open Skies“-Konferenz im Februar 1990. So entstand das Format „Zwei-plus-Vier“.⁹

Die USA und die Bundesregierung vertraten von Beginn an die mit den anderen westlichen Alliierten abgestimmte klare Position, dass für sie die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands absolute Priorität hatte. Wie also wollte man die Zustimmung Gorbatschows dafür erlangen? Um diese Frage kreisten alle Gedankenspiele und Verhandlungen. Gorbatschow wiederum suchte angesichts der immensen internen Schwierigkeiten Handlungsfreiheit und brauchte wegen der desaströsen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Unterstützung. Die Bereitschaft der Bundesrepublik, hier massive Hilfe zu leisten, spielte für die letztendliche Zustimmung eine nicht verzichtbare Rolle. Gleichzeitig aber ging es um die künftige Sicherheit, um Vertrauen und Gesichtswahrung.

Deutlich war, dass die sowjetischen Truppen Deutschland würden verlassen müssen. Gleichzeitig war klar, dass die in Deutschland stationierten Truppen der anderen Westmächte bleiben würden – waren sie doch (weitgehend) nicht mehr wegen der Rechte der Alliierten dort, sondern aufgrund der gemeinsamen, integrierten Strategie als Bündnispartner der NATO.

So gingen meine Überlegungen dahin, dass es gut sein könnte, zur Gesichtswahrung der Sowjetunion einen symbolisch starken Ort zu benennen, an dem alle Alliierten gleichbehandelt werden und gleichzeitig abziehen – Berlin. Dies hätte die sowjetische „Seele gestreichelt“, aber sicherheitspolitisch nichts gekostet. Beim zweiten „Zwei-plus-Vier“-Treffen der Außenminister machte ich deshalb den Vorschlag, dass alle alliierten Truppen vor der Vereinigung Berlin verlassen sollten. Dies löste einen Sturm der Entrüstung aus. Selbst Walter Momper als Regierender Bürgermeister Westberlins kam später zu mir und fragte, wer denn in dieser Zeit die Berliner schützen solle. Ich wiederum hielt diese Frage für absurd, war doch klar, dass die Westberliner gegenüber den Leipzigern oder Rostockern keinen besonderen Schutz bräuchten.¹⁰

Beim Treffen der Delegationen von Gorbatschow und Helmut Kohl in der Sowjetunion und schließlich in Archys im Kaukasus gab Gorbatschow schließlich nach langen Gesprächen und der Aushandlung der konkreten Bedingungen die Zusage, dass Deutschland nach der Vereinigung Mitglied der NATO bleiben könne, oder völkerrechtlich klarer: dass das geeinte Deutschland seine volle Souveränität erhält und sich so auch selbst seine Bündnispartner wählen könne.

Zu den konkreten Bedingungen gehörten nun zentrale Fragen, um die lange gerungen wurde. Der Abzug würde mehrere Jahre brauchen – was aber war in der Zwischenzeit? Hier mussten klare Absprachen und Zusagen und vertragliche Regelungen getroffen werden. So wurde vereinbart: *„Das vereinte Deutschland und die UdSSR würden eine Vereinbarung über den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR abschließen. Diese Truppen blieben für eine bestimmte Frist aufgrund eines bilateralen Vertrages in der heutigen DDR. Dieser Vertrag solle jetzt bereits zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik vorbereitet werden, wobei Bonn sich intensiv mit der DDR-Seite abstimmen werde.“*¹¹

Nach manchem Hin und Her gab es schließlich Einigkeit, dass die Frist nicht länger als drei bis vier Jahre währen dürfe. Allen war zudem klar, dass Deutschland würde erhebliche Finanzmittel aufwenden müssen, zum einen, um den Aufenthalt selbst in diesen Jahren zu finanzieren, wie es ja auch vorher durch die DDR geschehen war. Zum anderen aber ging es um den Abzug selbst und die Hilfe dabei, für die Offiziere und Soldaten Wohnraum und möglichst konfliktfreie Möglichkeiten der Integration in die heimische Gesellschaft zu schaffen, was sich zunehmend als Problem erwies.

Um die notwendigen Vorbereitungen für den Abzugsvertrag vorzunehmen, beauftragte der Ministerpräsident Rainer Eppelmann und mich, ein abgestimmtes Konzept zu erarbeiten.¹² Doch mussten wir bei einer Verhandlungsrunde zu den Zwei-plus-Vier-Gesprächen in Bonn am 19. Juli 1990 feststellen, dass die Bundesregierung festschreiben wollte,

die Verhandlungen zu diesem Rückzug rein bilateral zwischen der Bundesregierung und der Sowjetunion zu führen. Hans Misselwitz, mein Staatssekretär, dem dies mitgeteilt wurde, protestierte dagegen, dass die Regierung der DDR von diesen Verhandlungen ausgeschlossen sein würde.¹³ In einer Aktennotiz des Auswärtigen Amtes für eine Ressortbesprechung vom 1. August 1990, die wir später in die Hände bekamen, hieß es: „ChefBK (Chef Bundeskanzleramt) sieht vor, dass DDR-Vertreter grundsätzlich nicht an den Verhandlungen teilnehmen.“¹⁴ Ohne Begründung zog Lothar de Maiziere dann auch seinen Auftrag an Eppelmann und mich zurück – offensichtlich auf Druck aus Bonn.

Das war unfassbar, und noch heute kann ich über diese unakzeptable Anmaßung und Ignoranz nur den Kopf schütteln. Aber es war ernst gemeint und wurde dann auch so vollzogen. Dabei ging es um das Territorium der DDR und Zusammenhänge, für die wir als gewählte Regierung bis zur Vereinigung die Verantwortung trugen. Dazu kam, dass – wie sich dann auch an vielen anderen Stellen zeigte – die westlichen Verhandlungsführer frei von jeder Sachkenntnis waren.¹⁵ Hierzu möchte ich meinen damaligen Staatssekretär Helmut Domke ausführlich zu Wort kommen lassen, der für den Kontakt zu den sowjetischen Truppen und die „Gemischte Kommission“ zuständig war. Nach der Bildung der Länder im Oktober 1990 war er in Brandenburg Konversionsbeauftragter und hat so mit den Folgen dieses Vertrages sehr konkrete Erfahrungen gemacht.

„Im Ergebnis zeigte der Aufenthalts- und Abzugsvertrag einige gravierende Mängel, die uns wahrscheinlich bereits auf den ersten Blick bei den Verhandlungen aufgefallen wären. Sie betrafen vor allem den Artikel 7 des Vertrages. Dort wurde vereinbart, bei der Abwicklung der Übergabe der 1.062 von der Westgruppe genutzten Militärliegenschaften eine Aufrechnung vorzunehmen zwischen den Werten, die von der Sowjetunion dort eingetragen wurden, beispielsweise Wohn- und Verwaltungsbauten, Anlagen und Flugplätze, gegen die von den sowjetischen Truppen verursachten

Schäden an den Liegenschaften, insbesondere die Belastung der Böden durch Treibstoffe und Munition. Die Bewertung der Güter sollte zum Verkehrswert, also zu Marktwerten erfolgen. Die Ermittlung der Schäden sollte von Experten vorgenommen werden. Erst nach dieser wertmäßigen Auseinandersetzung konnte demgemäß eine Veräußerung durch die Bundesvermögensverwaltung an einen Investor erfolgen.

Schon bald erwies sich in der Praxis, wie erwartet, die Unsinnigkeit dieses Verfahrens:

- Die Ansichten auf sowjetischer und auf deutscher Seite über die Werte waren weit voneinander entfernt. Die deutsche Seite beharrte auf dem Verkehrswert, der sich aus dem Marktwert ergibt und aus den Angeboten von potentiellen Interessenten zu ermitteln ist. Die Westgruppe ging von den Investitionskosten aus und kam auf eine Gesamtsumme von 10,5 Milliarden DM zu ihren Gunsten. ...
- Die Aufrechnung Werte gegen Schäden erwies sich von ihrem Prinzip her als zutiefst kontraproduktiv. Keiner wusste so gut über Schäden und Verdachtsflächen auf ihren Militärobjekten Bescheid wie die Angehörigen der Westgruppe selbst.

Die Zusammenarbeit mit ihnen bei der Ermittlung der Schäden und gegeben falls auch der Einleitung von präventiven Maßnahmen zur weiteren Ausbreitung war blockiert, solange man für die Aufdeckung der Schäden praktisch bestraft, statt belohnt wurde. ...¹⁶

Die von Helmut Domke beschriebene Unsinnigkeit des Vorgehens wurde erst im Dezember 1992 teilweise korrigiert. Doch da waren die Messen weitgehend gesungen. Schon vorher hatte man etwa in Brandenburg auf seine Vorschläge hin andere pragmatische Wege zu gehen versucht. Im weiteren Verlauf wurden dann auch ostdeutsche Experten und teilweise auch die betroffenen Kommunen frühzeitiger als geplant eingebunden. Im Klartext ist deutlich zu sagen: Der Vertrag zum Abzug der sowjetischen Truppen als Teil der Verträge zur deutschen Einheit ist ein eklatantes Beispiel von Arroganz und Respektlosigkeit der Bundesregierung gegenüber der demokratischen Regierung der DDR. Über unsere Köpfe hinweg wurden Sachverhalte verhandelt, die in unsere Zuständigkeit fielen, denn es ging um das Territorium der DDR. Dazu kam die Inkompetenz, die zu verheerenden Folgen führte. Ein Vertrag, an dem wir beteiligt gewesen wären, hätte zum beiderseitigen Vorteil für die vier Jahre bis zum vollständigen Abzug auf Kooperation bei der Behebung der ökologischen Schäden und bei der Beseitigung der verstreuten Munition in Landschaft und Wäldern gesetzt, sowie auf die frühzeitige Beteiligung der betroffenen Kommunen. Durch das unsinnige Aufrechnen nach den Regelungen des Vertrages führte das zum strategischen Verdecken aller Schäden – zum Nachteil Deutschlands. Wenn heute etwa in Mecklenburg und Brandenburg bei Waldbränden die Feuerwehr oft wegen der Munitionsbelastung nicht in die Wälder fahren kann, ist das eine Folge dieses durch Inkompetenz verfehlten Vertrages.

Die damaligen Abläufe verstärken die Argumente, dass für die dringend nötige Beseitigung dieser bis heute wirksamen Schäden der Bund eine besondere Verantwortung trägt.

- 1 Manfred Görtemaker: *Die vier Siegermächte übernehmen mit der „Berliner Erklärung“ die oberste Regierungsgewalt in Deutschland*, siehe: <https://kas.de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/die-vier-siegermaechte-uebernehmen-mit-der-berliner-erklaerung-die-oberste-regierungsgewalt>
- 2 Siehe z.B. Silke Satjukow: *Besatzer – „Die Russen“ in Deutschland 1945–1994*, Göttingen 2008; Helmut Domke: *Erinnerungsskizzen* (09.02.2016) Manuskript Depositem Helmut Domke, Archiv Bundesstiftung Aufarbeitung
- 3 Vgl. Rafael Biermann: *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang*, Paderborn 1997, S. 88 ff
- 4 Siehe Martin Gutzeits letzte Veröffentlichung: *Gorbatschows vergessene, erste Friedliche Revolution*, Deutschland Archiv, www.bpb.de
- 5 Biermann, a. a. O., S. 268 f
- 6 A. a. O., S. 269
- 7 Zu den polnischen Sorgen zur Grenzfrage im Zusammenhang der deutschen Vereinigung, siehe Markus Meckel: *Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen*, Leipzig 2020, S. 367–378 und ders. im Schlusskapitel zu Enrico Seewald/Urs Unkauf: *Deutschland und Polen. Die amtlichen Beziehungen*, BeBra Wissenschaftsverlag, 2024 (im Erscheinen)
- 8 *Zum Prozess dieser Entscheidungsfindung*, siehe Biermann, a. a. O., S. 388 ff
- 9 Biermann, a. a. O., S. 420 ff; *Meine eigene Perspektive bzw. die Politik der DDR*, dazu siehe Meckel, *Zu wandeln die Zeiten*, S. 387–414
- 10 Siehe Meckel, a. a. O., S. 421
- 11 Siehe Weidenfeld, a. a. O., S. 550
- 12 Siehe Depositem Meckel in der Bundesstiftung Aufarbeitung, Mappe 652
- 13 Siehe Hans Misselwitz, in: *Verantwortung für den Osten. Die Außenpolitik der letzten DDR-Regierung und ihre Rolle bei den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen*, in: Elke Bruck/Peter M. Wagner (Hg.), *Wege zum „Zwei-plus-Vier“-Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit.*, München 1996, S. 58
- 14 Arbeitspapier als Geheime Verschlussache – 201–363,14 SOW, siehe Depositem Helmut Domke in: Bundesstiftung Aufarbeitung, Nr. 20
- 15 Siehe Meckel, a. a. O., S. 408–415; Helmut Domke, *Erinnerungsskizze* 2016, S. 47–52, Depositem Markus Meckel
- 16 Domke, a. a. O., S. 51 f

Markus Meckel war Gründungsmitglied der SDP und Außenminister der DDR von April bis August 1990, von 1990 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und 1991 bis 2009 Mitglied der deutschen Delegation der Parlamentarischen Versammlung der NATO, 1998 bis 2006 deren Leiter. Er bekleidet zahlreiche Ehrenämter in Stiftungen und Organisationen.

Dr. Hans J. Misselwitz, geb. 1950 in Altenburg, Biologe. 1990 SPD-Abgeordneter in der DDR-Volkskammer, Parl. Staatssekretär im DDR-Außenministerium, Leiter der DDR-Delegation bei den „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Okt.–Nov. 1990 Mitglied d. Deutschen Bundestages, 1991–1999 Leiter der Brandenburgischen Landeszentrale f. Politische Bildung. 1999–2015 im SPD-Parteivorstand, u. a. Sekretär der Grundwertekommission beim Parteivorstand, seit 2015 auch deren Mitglied.

Dr. Jörg Morré, Studium der Geschichte, Russistik u. Erziehungswissenschaften (FU Berlin, Universität Hamburg), Studienaufenthalte an Universitäten in Leningrad und Moskau; wiss. Mitarbeiter der Gedenkstätten Sachsenhausen u. Bautzen; seit 2009 Direktor des Museums Berlin-Karlshorst, Mitglied in der Deutsch-Russischen Historikerkommission.

Prof. Dr. Wolfgang Mueller ist seit 2017 Professor für russische Geschichte an der Universität Wien und Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Zu seinen Büchern zählen: *Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955*, Böhlau 2005; *A Good Example of Peaceful Coexistence? The Soviet Union, Austria and Neutrality, 1955–1991*, ÖAW 2011; *The Revolutions of 1989* (mit M. Gehler u. A. Suppan), ÖAW 2014; *Der Kampf um den Staatsvertrag* (mit G. Stourzh), Böhlau 2020.

Burkhard Paetzold, geb. 1951 in Jena, Dipl. Ing. 1978–1989 Mitglied der „ad hoc Gruppe Abrüstung“ der Theol. Studienabteilung beim Bund der Ev. Kirchen in der DDR. Nach 1990 u. a. verschiedene Konversionsstudien. 1998–2022 für die Presbyterian Church (USA) Regionalvertreter in Europa.

Germanus Pause ist Historiker und Politikwissenschaftler, war von 1992 bis 2001 Geschäftsführer der Landesentwicklungsgesellschaft Brandenburg. Er lebt in Australien.

Steffen Reiche ist Theologe. Mitbegründer der SDP 1989, Vorsitzender der SPD Brandenburg 1990 bis 2000, Landesminister in Brandenburg 1994 bis 2004, 2005 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Steffen Reiche arbeitet als Pfarrer.

Prof. Dr. Olga Rösch, Studium der Germanistik an der Universität in Naltschik (Nord-Kaukasus) sowie Russistik und Deutsch als Fremdsprache an der HU Berlin. Seit 2001 Professur für Interkulturelle Kommunikation mit Schwerpunkt Osteuropa an der TH Wildau. Herausgabe der Wildauer Schriftenreihe Interkulturelle Kommunikation; Interkulturelle Trainings und Seminare für Firmen-Manager aus den GUS-Staaten und Deutschland.